

# Forschung

## Max-Planck-Gesellschaft

Die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften hielt ihre 2. Hauptversammlung am 13. September 1951 in München ab.

Die Gesellschaft und ihre Institute: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wurde 1911 in Berlin unter maßgeblicher Beteiligung von Exzellenz v. Harnack und Exzellenz Schmidt-Ott gegründet. 1948 erfolgte in Göttingen zur Fortführung der Aufgaben der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft die Gründung der Max-Planck-Gesellschaft, und zwar zunächst in der britischen und amerikanischen Zone und ab 1949 auch in der französischen Zone. Die gegenwärtige Zahl der Institute beträgt 33. Der Max-Planck-Gesellschaft gehören zurzeit 8 Nobelpreisträger als wissenschaftliche Mitglieder bzw. Senatoren an.

Das abgelaufene Jahr diente im wesentlichen der Fortsetzung des Wiederaufbaues der Institute, der Wiederinstandsetzung der Gebäude, der Ergänzung des wissenschaftlichen Inventars und der Büchereien. In einigen Fällen war es auch möglich, Neubauten durchzuführen.

Der Aufbau des MPI für Biochemie, Tübingen, konnte im wesentlichen abgeschlossen werden. Das Institut hat seine Arbeit in z. T. neuen Räumen voll aufgenommen. Das ebenfalls in Tübingen gelegene MPI für Biologie hat einen Neubau für die Botanische Abteilung erhalten. Ein Neubau für die Zoologische Abteilung wird zurzeit errichtet. Weiter konnte der Wiederaufbau sehr gefördert werden bei den MPI für Biophysik in Frankfurt/M., Eisenforschung, Düsseldorf, Kohlenforschung, Mülheim-Ruhr, wobei in Frankfurt/M. die Stadt und bei den anderen Instituten die Industrie wesentliche Beihilfe geleistet haben.

Die Medizinische Forschungsanstalt in Göttingen (1947 gegründet) wurde als zentrale Verteilungsstelle für Isotopen aus England erweitert und befaßt sich neuerdings mit der von der Industrie besonders geförderten Silikose-Forschung. Die Arbeit des MPI für Medizinische Forschung in Heidelberg leidet unter der räumlichen Beschränkung infolge Beschlagnahme durch die amerikanische Besatzungsmacht. Die Freigabe des Institutes ist nunmehr für den 31. 12. 1951 in Aussicht gestellt. Gleichzeitig soll das Institut für Physik des MPI für med. Forschung durch einen Neubau erweitert werden.

Die Abteilung für Tumorforschung des MPI für Hirnforschung, die bisher in Bochum-Langendreer arbeitete, erhielt neue Räume in einem Neubau auf dem Gelände der Neurochirurgischen Klinik der Universität Köln.

Besonders gefördert wurden die limnologischen Forschungsarbeiten der Hydrobiologischen Anstalt in Plön. Sie konnte als Außenstelle eine neue Station an der Fulda durch eine großzügige Spende des Grafen Goertz in Schlitz errichten. Die weitere Außenstelle der Anstalt in Krefeld soll im Interesse der Abwasserforschung des Industriegebiets erweitert werden. Hier ist ein Neubau des Laboratoriums geplant.

Das MPI für Tierzucht und Tierernährung konnte ohne Anspruchnahme öffentl. Mittel eine wesentlich vergrößerte Arbeitsgrundlage durch die Hinzupachtung des Gutes Trenthorst-Wulmenau in Schleswig-Holstein erhalten.

Das MPI für Bastfaserforschung sowie die pflanzenzüchterischen Forschungsstellen wurden organisatorisch mit dem MPI für Züchtungsforschung (Erwin-Baur-Institut) vereinigt.

Das MPI für Silicaforschung, welches nach der Verlagerung aus Berlin an verschiedenen Stellen in der Rhön untergebracht war, ist nunmehr nach Würzburg umgezogen und wird dort in einem neuen Institutsgebäude arbeiten, dessen Wiederaufbau und Einrichtung durch die Zurverfügungstellung eines Sonderetats aus bayrischen Staatsmitteln ermöglicht wurde, wobei sich auch die Stadt Würzburg beteiligte.

Die Verbindung zu den Berliner wissenschaftlichen Instituten wurde durch Errichtung eines Berliner Büros der Generalverwaltung vertieft.

Abschließend kann gesagt werden, daß der Wiederaufbau bzw. Neubau der Institute dank der tatkräftigen Unterstützung seitens der Länder und anderer Stellen erfreulich weit fortgeschritten ist. Trotzdem bleibt noch viel zu tun, und es bedarf bei einzelnen Instituten noch erheblicher Aufwendungen, um noch vorhandene Kriegsschäden restlos zu beseitigen und die apparativen Ausrüstungen auf den früheren Stand zu bringen.

Wie sehr die Forschungstätigkeit wieder anlaufen konnte, ist zu entnehmen aus dem jetzt erstmalig nach 1945 wieder herausgegebenen Tätigkeitsbericht der Max-Planck-Gesellschaft in der Zeitschrift „Die Naturwissenschaften“<sup>1)</sup>. Bemerkenswert ist die große Zahl der von den Instituten über die wissenschaftliche Arbeit herausgebrachten Veröffentlichungen.

Außer dem Jahresbericht ist in diesem Jahr auch erstmalig wieder wie in früheren Zeiten das Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft erschienen, das interessante Aufsätze von bedeutenden Wissenschaftlern der Gesellschaft enthält.

Mitglieder: Die Gesellschaft zählt zurzeit 605 fördernde Mitglieder.

Die Finanzierung aus öffentlichen Mitteln beruht auf einem Staatsabkommen, zu welchem sich die 11 westdeutschen Länder im Jahre 1949 und neuerdings auch Berlin zusammengeschlossen haben.

Der Zuschuß für das Rechnungsjahr 1951 beträgt 13,5 Millionen. Die Gesellschaft erhielt für Investitionen und Durchführung von besonderen Forschungsaufgaben bisher insgesamt rund 3,6 Millionen DM ERP-Mittel.

Wissenschaftliche Zusammenarbeit mit dem Ausland. Die wissenschaftlichen Beziehungen zum Ausland sind wieder aufgenommen

<sup>1)</sup> Naturwiss. 38, 361, 385 [1951].

worden. Die Zusammenarbeit mit den ausländischen Forschungsstationen, insbesondere mit der Zoologischen Station Neapel und der Hochalpinen Forschungsstation Jungfraujoch, Bern, ist wieder aufgenommen.

[G 188]

## Neues Forschungsinstitut für Pigmente und Lacke

Ende Juni wurde in Stuttgart-N, Wiederholdstr. 10, das Forschungsinstitut für Pigmente und Lacke e. V. eröffnet. Es ist das einzige Institut dieser Art in Westdeutschland und soll wie die ausländischen Forschungsstätten (Gardner Institut Washington, Research Assoc. of British Paint, Colour and Varnish Manufacturer Teddington, Lackforschungsinstitut des Eidgen. Materialprüfungsamtes Zürich, Forschungsinstitute für Kunststoffe, Anstrichmittel und Verwendung von Anstrichmitteln einschl. Korrosionsschutz TH Delft) alle mit Pigmenten und Bindemitteln zusammenhängenden Aufgaben bearbeiten.

Das benutzte Gebäude ist Eigentum des Forschungsinstitutes. Es umfaßt eine Grundfläche von 285 m<sup>2</sup>, wovon 85 m<sup>2</sup> auf den Anbau entfallen. Das Gebäude ist 5-geschossig, der Anbau 2-geschossig. Das Institut umfaßt etwa 1000 m<sup>2</sup> nutzbarer Räume. Im Untergeschoß sind ein großes technisches Laboratorium von 85 m<sup>2</sup> Grundfläche, der Spritz- und Lackierraum, eine Werkstatt und ein Lagerraum für Chemikalien. Das Erdgeschoß enthält den großen Hörsaal sowie das Optizimmer, die Dunkelkammer und zwei Laboratorien für Doktoranden. Das 1. Obergeschoß wird nur von Laboratorien und Nebenräumen wie Wägezimmer, Spülzimmer usw. eingenommen. Eine große Terrasse ist als Belichtungs- und Bewitterungsstand ausgebaut. Im 2. Obergeschoß befinden sich das Sekretariat und das Zimmer des Institutsleiters, im übrigen Laborräume mit Nebenräumen. Im Dachgeschoß ist die Bibliothek und die Wohnung des Hausmeisters.

Alle Laboratorien sind helle Räume, die sauber mit Platten ausgelegt sind. Jeder Arbeitsplatz verfügt über einen eigenen Abzug sowie mehrere Anschlüsse von Gas, Strom, Wasser, Preßluft und Vakuum. Die Räume werden durch Mischlicht mit besonders abgestimmten Leuchttstoffröhren beleuchtet. Z. Zt. sind 17 Arbeitsplätze voll ausgebaut und in Benutzung. Eine Erweiterung um weitere 17 Vollarbeitsplätze im 2. Obergeschoß ist vorgesehen.

Die Aufgaben des Institutes sind verschiedenster Art. Besonders sollen die Zusammenhänge zwischen Pigment und Bindemittel, wie Benetzung, Oberflächenspannung, Elektrophorese, Entladungsvorgänge, eingehend studiert werden. Neben der Grundlagenforschung soll industriennahe Zweckforschung betrieben werden. Durch die enge Zusammenarbeit zwischen Pigment- und Bindemittelfachleuten verspricht man sich eine außerordentliche Befruchtung beider Industriezweige. In besonderen Fällen kann das Institut auch für Obergutachten hinzugezogen werden.

Die neuzeitliche Ausrüstung wird es gestatten, mit den modernsten Methoden zu arbeiten. Selbstverständlich wird das Institut auch alle bisher in der Pigment- und Lackindustrie gebräuchlichen Spezialapparaturen benützen.

Durch sein freundschaftliches Verhältnis zu anderen Forschungsinstituten und durch seinen engen Kontakt mit der Industrie hat es den Vorteil, seinen Auftraggeber die Verbindung auch mit diesen Stellen zu vermitteln. Auch wird es vielfach möglich sein, Apparate, die es selbst noch nicht besitzt, aus befreundeten Instituten ausleihen zu können.

Die personelle Besetzung des Forschungsinstitutes muß noch ergänzt werden. Dem Institutedirektor sollen künftig drei Abteilungen unterstehen: die Abteilung für Pigmente, für Lacke und für Lackrohstoffe. Jede Abteilung soll durch einen hauptamtlichen Assistenten geleitet werden, denen Hilfsassistenten und Doktoranden zur Verfügung stehen. Z. Zt. sind außer dem Institutedirektor ein Hauptassistent, vier Hilfsassistenten (Vollakademiker) sowie zwei technische Assistenten im Institut tätig.

Die Aufgaben stellt ein technisches Gremium, welches je nach der Aufgabe in seiner Zusammensetzung wechseln kann. Das Forschungskuratorium besteht aus anerkannten Fachleuten aus der Pigment- und Lackindustrie. Vorsitzender des Vorstandes und Kuratoriums ist Direktor Dr. A. Goeb, technisches Vorstandsmitglied der Farbenfabriken G. Siegle & Co. GmbH., Direktor des Institutes ist Prof. Dr. Herbert Brinzingen, sein erster Assistent ist Dr. Haug, ein langjähriger Mitarbeiter des verstorbenen Prof. Dr. Hans Wagner, Stuttgart.

Die Errichtung des Forschungsinstitutes für Pigmente und Lacke e. V. wurde aus staatlichen und industriellen Mitteln, sowie Zuwendung aus ERP-Mitteln, betrieben. Ebenfalls wird der laufende Etat in Höhe von DM 100 000.– je zur Hälfte aus staatlichen und industriellen Mitteln aufgebracht. Stiftungen aus der Industrie werden dazu benutzt, um die apparative Seite des Institutes weiter auszubauen. Das Forschungsinstitut für Pigmente und Lacke e. V. ist als gemeinnützige Einrichtung anerkannt, so daß Zuwendungen die höchste steuerliche Begünstigung genießen.

H. [G 184]

## Zentralstelle für Pilzforschung und Pilzverwertung

Im Einvernehmen mit dem Bundesnährungsministerium in Bonn wurde die Zentralstelle für Pilzforschung und Pilzverwertung bei der deutschen Forschungsanstalt für Lebensmittelchemie, München 23, Leopoldstr. 175, gegründet. Die Zentralstelle steht unter Leitung von Dr. Werner Bötticher, ehem. Direktor der Staatlichen Chemischen Untersuchungsanstalt Dresden. Sie hat die Aufgaben der Forschungsgemeinschaft Pilzverwertung übernommen, die früher in Dresden ihren Sitz hatte.

Die Hauptaufgabe der Zentralstelle ist die möglichst weite Erfassung und Verwertung der heimischen Pilzschätze, ferner die Beratung sämtlicher Pilzverarbeitenden Betriebe im Bundesgebiet in allen Fragen der Pilzverwertung und Pilzkonservierung. Ausarbeitung von neuen Normativbestimmungen für Pilzkonserven, Qualitätsprüfungen, Qualitätsverbesserungen, Entwicklung neuer Produkte, Forschungsarbeiten auf dem Gebiete der Pilzchemie<sup>1)</sup>. [G 186]

### Deutsches Kuratorium für Aerosol-Forschung

Am 5. Juli 1951 wurde durch den wissenschaftlichen Beirat des Deutschen Kuratoriums für Aerosol-Forschung Prof. *Boehm* zu dessen Präsidenten gewählt und durch ihn die konstituierende Versammlung des wissenschaftlichen Beirates eröffnet. Als Vizepräsidenten wurden Prof. Dr. med. *Heubner*, Berlin, und Prof. Dr. med. *Heilmeyer*, Freiburg, gewählt.

<sup>1)</sup> Vgl. diese Ztschr. 63, 275 [1951].

Der wissenschaftliche Beirat besteht aus etwa 50 Mitgliedern. Das Kuratorium wird die praktischen Erfahrungen mit Inhalatorien und Aerosolstationen in Kliniken, Industriebetrieben und Bergwerken laufend zusammentragen und verarbeiten.

Durch Auswertung der Erkenntnisse über Raumluftdesinfektion will das Kuratorium wirksame Methoden zur Seuchenbekämpfung auf dem Gebiet der Human- und Veterinärmedizin entwickeln. Das Kuratorium soll in Verbindung mit wissenschaftlichen Instituten und in Zusammenarbeit mit der pharmazeutischen Industrie zahlreiche pharmakologische Substanzen auf ihre Inhalationsfähigkeit überprüfen, um die Indikationsgebiete der Aerosole zu erweitern.

Das Kuratorium unternimmt Arbeitstagungen, wissenschaftliche Kongresse, archivarische und bibliothekarische Arbeiten. In bestimmten Zeitabständen sollen das anfallende Material und die jeweiligen Ergebnisse in einer „Zeitschrift für Aerosol-Forschung und Therapie“ veröffentlicht werden. [G 185]

## Gesellschaft Deutscher Chemiker

### Mitgliederversammlung der GDCh-Fachgruppe „Lebensmittelchemie“

am 24. September 1951 in Köln

Vor rund 100 Anwesenden wurden unter Leitung des Fachgruppenvorsitzenden, *Bergner*, Stuttgart, u. a. folgende wichtige Punkte behandelt.

1. Vorstandsbericht: Mitgliederstand am 1. 9. 1951 426 ordentl., student. und fördernde Mitglieder. Zu korresp. Mitgl. wurden ernannt: Prof. Dr. *Casares*, Universität Madrid; Prof. Dr. *Schmidt-Hebbel*, Universität Santiago de Chile; Prof. Dr. *Högl*, Bern; Prof. Dr. *Mohler*, Zürich und Universität Basel.

Wegen der gestiegenen Fertigungskosten für das Mitteilungsblatt der Fachgruppe wurde beschlossen, den Fachgruppenbeitrag erforderlichenfalls auf 7.- DM, den Bezugspreis für Nichtmitgl. auf 15.- DM jährlich zu erhöhen. Der Vorschlag *Behre*, Hamburg, eine Geschichte der Lebensmittelchemie zu bearbeiten, wurde begrüßt.

Die vom früheren Verein Deutscher Lebensmittelchemiker gestiftete Joseph-König-Gedenkmünze für besondere Verdienste um die Lebensmittelchemie wird auf Vorschlag der Fachgruppe jährlich höchstens einmal zusammen mit den Ehrungen der GDCh wieder verliehen werden.

Weiter wurde über die Tätigkeit der Arbeitskreise Nordrhein-Westfalen (Leiter: *Strohecker*, Gelsenkirchen) und Südwest (Leiter: *Scheidt*, Kassel), über die Vertretung der Fachgruppe im Gebührenausschuß der GDCh (*Rößler*, Krefeld), über Verhandlungen mit der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft wegen eines selbständigen Faches „Lebensmittelchemie und -technologie“ und über die Zuständigkeit des Chemikers für die Wasseruntersuchung berichtet. Die Fachgruppe wird sich bei den zuständigen Ministerialreferenten der Länder für eine Klärung im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen und Vereinbarungen einsetzen. Es wurde erneut festgestellt, daß chemische Sachverständige, Gutachter und Gegengutachter nach dem Lebensmittelgesetz nur staatl. gepr. und hierfür bestimmte Lebensmittelchemiker sein können. Vom Handelschemiker für das Gebiet der Lebensmittelchemie muß dementsprechend das gleiche verlangt werden.

Unter Vorsitz von *Rößler*, Krefeld, wurde eine Resolution aus Nordrhein-Westfalen gegen Vorschläge, die chemischen Untersuchungsanstalten den Gesundheitsämtern anzugehören oder zu unterstellen, einstimmig angenommen.

Die nächste Jahrestagung der Fachgruppe soll wieder im Zusammenhang mit der Hauptversammlung der GDCh, und zwar in Geisenheim stattfinden.

2. Geschäftsordnung. Die Fachgruppe gab sich eine Geschäftsordnung, die vom Vorstand der GDCh bestätigt wurde.

3. Fachgruppenreferenten für lebensmittelchemische Fragen. Zur Vorbearbeitung aktueller Fragen mit Industriekollegen wurden, wie schon früher üblich, folgende Referate aufgestellt: „Fleischbrühe und Würzen“, „Teigwaren“, „Fleischsalat und Mayonnaise“, „Magermilchpulver“.

4. Wahlen. Die Versammlung sah von einer Vorstandanewahl ab und wählte als Nachfolger für *Lindner*, München, der wegen Arbeitsüberlastung ausscheiden mußte, *Viermann*, München. (Fachgruppenvorsitzender: *Bergner*, Stuttgart. Stellvertreter: *Rößler*, Krefeld. Schriftführer: *Viermann*, München. Verbindungsleute: *Diemair*, *Popp*, beide Frankfurt a. M.).

5. Auflösung der Deutschen Gesellschaft für Lebensmittel-, öffentliche und gerichtliche Chemie. Dem von *Diemair* eingebrachten Antrag wurde entsprochen.

6. Neufassung der Prüfungsordnung für Lebensmittelchemiker. Die Prüfungsordnung ist veraltet und ermöglicht denjenigen Chemiestudenten, die aus irgendwelchen Gründen nicht weiterkommen, eine Flucht in das Fach. In Zusammenarbeit mit Vertretern lebensmittelchemischer, chemischer und pharmazeutischer Lehrstühle, Untersuchungsämter und freiberuflicher Kollegen wurde daher von *Diemair* ein Neuentwurf ausgearbeitet. Ein weiterer wurde von *Souci*, München, vorgelegt. Ersterer sieht im wesentlichen eine chemische Grundausbildung wie zur Diplomchemikerprüfung vor, der sich die eigentliche Fachausbildung anschließt, deren wissenschaftlicher Teil der Hochschule vorbehalten ist. *Souci* schlägt ein lebensmittelchemisches Spezialstudium vor (einschl. Praxis und Promotion 13 Sem.).

Nach eingehender Diskussion sprach sich die überwiegende Mehrheit trotz gewisser Bedenken hinsichtlich des zu bewältigenden Stoffes und

des Zeitaufwandes für den ersten Entwurf aus, da die Chemie Grundlage der Lebensmittelchemie ist. Es wurde empfohlen, diesen Entwurf nochmals unter Berücksichtigung der wohldurchdachten Einzelforderungen des Soucischen Planes und vorgetragener Wünsche zu überarbeiten, ihn den Kultministerien und dann, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern, den Ländern zuzuleiten.

### Mitgliederversammlung der GDCh-Fachgruppe „Kunststoffe und Kautschuk“

am 24. September 1951 in Köln

Einleitend berichtete der 1. Vertrauensmann, Dr. *Höchlein*, über die Tätigkeit der Fachgruppe im vergangenen Jahr. Ein ausführlicher Tätigkeitsbericht wurde im Oktober-Heft der Zeitschrift „Kunststoffe“ veröffentlicht.

Die Fachgruppe hat sich in die alle Kunststoff-Verbände stark interessierende Frage zur Wiedererrichtung und Besetzung eines zentralen deutschen Kunststoff-Institutes eingeschaltet und hält in diesem Punkt engen Kontakt mit den von den wirtschaftlichen Verbänden zu diesem Zweck gegründeten Ausschüssen.

Außerdem wurde kurz auf einen Besuch beim Delfter Kunststoff-Institut im vergangenen Jahr hingewiesen und der Aufbau sowie die Tätigkeit dieses Institutes charakterisiert.

Zur Finanzierung bzw. Förderung der wissenschaftlichen Grundlagenforschung auf dem Kautschuk- und Kunststoffgebiet hat die Fachgruppe eine Werbeaktion in die Wege geleitet. Endziel ist es, größere Industrieunternehmen als fördernde Mitglieder zu gewinnen und das auf diese Art eingegangene Geld einem Institut für besondere Forschungsarbeiten zur Verfügung zu stellen.

Die allen Mitgliedern der Fachgruppe mit Rundschriften zugesandte Geschäftsordnung wurde mit geringen Abänderungen genehmigt. Bei dieser Gelegenheit wies der 1. Vertrauensmann darauf hin, daß satzungsgemäß bei der nächsten Fachgruppen-Tagung im Jahre 1952 eine Neuwahl des Vorstandes erforderlich wird. Die Mitglieder-Versammlung genehmigte sodann die von den Herren Dr. *Hamann* und Dr. *Coenen* durchgeführte Kassenprüfung und erteilte dem Gesamtvorstand Entlastung. Zu Kassenprüfern für das Jahr 1951/52 wurden die Herren Dr. *Saeckling* und Dr. *Scholz* bestellt.

Der Mitgliederbestand der Fachgruppe belief sich am 25. 9. 1951 auf 231 Mitglieder, unter denen sich bisher nur 9 Firmen befinden.

### Mitgliederversammlung der GDCh-Fachgruppe „Gewerblicher Rechtsschutz“

am 25. September 1951 in Köln

Der Vorsitzende, Dr. *H. Kleber*, Ludwigshafen, konnte mehr als 150 Teilnehmer begrüßen, darunter den Präsidenten des Deutschen Patentamtes, Prof. Dr. *Reimer*, Ministerialrat Dr. *Haertel* vom Bundesjustizministerium und weitere Vertreter von Behörden und Verbänden.

Im geschäftlichen Teil der Sitzung bat Dr. *Kleber* alle am gewerblichen Rechtsschutz interessierten Chemiker um Beitritt zur Fachgruppe, die zur Zeit 45 Mitglieder zählt, in früheren Jahren aber wesentlich stärker war. Der Fachgruppenbeitrag wurde auf DM 5.- jährlich festgesetzt; er wird mit dem GDCh-Jahresbeitrag erhoben.

### Mitgliederversammlung der GDCh-Fachgruppe „Freiberufliche Chemiker“

am 27. September 1951 in Köln

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden hielt Rechtsanwalt Dr. *Brandt*, Düsseldorf, ein Referat über „Die Tätigkeit des Bundesverbandes der freien Berufe“. Die freien Berufe, deren Berufsethos von besonderer Bedeutung für den Staat ist, stellen überhaupt den ältesten Beruf dar. Der 1949 im Bundesgebiet gegründete Verband umfaßt heute etwa 200000 Mitglieder. Der Verband hat mit Erfolg versucht, sich vor Erlass der Gesetze in die Bundesmaschinerie einzuschalten, und konnte bewirken, daß verschiedene für uns ungünstige Punkte in verschiedenen Gesetzen abgeändert wurden. Zur Zeit werden insbesondere behandelt das Kündigungsschutzgesetz, das Kartellgesetz, das auf die gewerbliche Wirtschaft beschränkt werden soll, und verschiedene Steuergesetze. Eine